

Kriegserfahrungen

13.11.2012

Über die Verbindungen zwischen der Universität Tübingen und einer Forschungseinrichtung der Bundeswehr sprach german-foreign-policy.com mit der Historikerin und Ethnologin Irma Kreiten. Kreiten lehrt an der Yeditepe-Universität in Istanbul.

german-foreign-policy.com: Frau Kreiten, Sie sind Historikerin und Ethnologin und haben im Sonderforschungsbereich 437 "Kriegserfahrungen" der Universität Tübingen (SFB 437) mitgearbeitet. Zu welchem Zweck und mit welchem Erkenntnisinteresse wurde hier geforscht? Geschah dies mit Blick auf aktuelle deutsche Kriegsoperationen respektive politische Interessen?

Irma Kreiten: Die Haltung des SFB 437 war in dieser Hinsicht ambivalent. Rein formal gesehen stellte er eine unabhängige Forschungseinrichtung dar, ohne Kooperationen mit anderen universitären oder außeruniversitären Einrichtungen. Seinen Mitgliedern gegenüber behauptete die SFB-Leitung, man habe sich stets kritisch und distanziert verhalten gegenüber dem neuen Hype, den das Thema "Krieg" seit den 1990er Jahren erfahren hat. Andererseits aber wurde auf informeller Ebene durchaus mit militärisch geprägten Institutionen und Forschungsverbänden zusammengearbeitet.

Für mich als Mitarbeiterin der dritten Projektphase (2004 bis 2008) war auffällig, dass das eigentliche Erkenntnisinteresse nie diskutiert wurde, nie darauf eingegangen wurde, warum wir uns als Forscher mit Krieg beschäftigen, was wir bewusst oder auch unbewusst mit unserer Forschung transportieren und welche ethischen Probleme und Verpflichtungen sich hieraus ergeben.

Als ich auf der Abschlusstagung im Dezember 2008 die Themen wissenschaftliche Unabhängigkeit und gesellschaftliche Verantwortung ansprechen wollte, entzog mir der damalige SFB-Sprecher umgehend das Wort und drohte mir mit juristischen Konsequenzen - wegen angeblich übler Nachrede. Für den Willen zu selbstkritischer Auseinandersetzung und eine offene Diskussionshaltung spricht dies meines Erachtens jedenfalls nicht.

gfp.com: Sie berichten von "Verflechtungen" des Sonderforschungsbereichs und der Historischen Fakultät Tübingen mit Forschungsinteressen der Bundeswehr. Wie haben sich diese Verflechtungen dargestellt? Gab es bestimmte Einrichtungen des deutschen Militärs, mit denen besonders eng kooperiert wurde?

Kreiten: Diese Verflechtungen nahmen vorrangig die Form persönlicher Kontakte und informeller Kooperationen an und kamen etwa bei gemeinsamen Konferenzen und Veröffentlichungen zum Tragen. Besonders eng waren die Beziehungen zum Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Potsdam, das explizit großen Wert darauf legt, mit seinen Aktivitäten in die Gesellschaft hineinzuwirken. Auch die Erweiterung der traditionellen Militärgeschichte um kulturgeschichtliche Perspektiven ist durchaus im Sinne des MGFA, da hiermit die Akzeptanz eines bei Historikern bisher eher unbeliebten Themas erhöht wird.

Konkret bestehen Verbindungen zwischen dem MGFA und dem Tübinger SFB 437 beispielsweise über Dr. Bernhard Chiari, der in Tübingen promovierte und heute wissenschaftlicher Mitarbeiter am MGFA ist, über Prof. Dr. Eckart Conze, der nach seiner Promotion und Habilitation in Tübingen heute Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des MGFA ist, oder auch über Prof. Dr. Gottfried Korff, der im erweiterten wissenschaftlichen Beirat des MGFA sitzt. Prof. Dr. Holm Sundhaussen war sowohl für die

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) als Gutachter des SFB 437 tätig, wie auch für den Bereich "Einsatzunterstützung" des MGFA. Aufgrund der bisherigen Praxis der DFG, ihre Gutachter nicht offenzulegen, sind weitere personelle Überschneidungen nicht auszuschließen.

Auch möchte ich an dieser Stelle betonen, dass ich informelle Verflechtungen keineswegs als unproblematischer ansehe als institutionell geregelte Kooperationen. Eher das Gegenteil ist der Fall, denn informelle, persönliche Beziehungen entziehen sich dem Auge des Betrachters und erschweren somit eine kritische Auseinandersetzung.

gfp.com: Welche Forschungsinteressen der Bundeswehr sollten bedient werden? Was, denken Sie, war die Motivation hierfür?

Kreiten: Bei der Frage nach der Motivation muss man, so glaube ich, unterscheiden zwischen einer tatsächlichen praktischen Relevanz und einem behaupteten, aber größtenteils imaginären Nutzen. Im Falle des SFB 437 hat wohl vielfach schlicht und einfach der Wunsch im Vordergrund gestanden, sich interessant zu machen und, nicht zuletzt in Hinblick auf finanzielle Förderung, die eigene gesellschaftliche und politische Relevanz herauszustreichen. So wurde auf SFB-Veranstaltungen beispielsweise zunehmend das Schlagwort der "neuen Kriege" bemüht, auch ohne dass dies thematisch angebracht gewesen wäre. Das MGFA seinerseits scheint vor dem Hintergrund der Neugestaltung deutscher Außenpolitik um ein besseres Verständnis asymmetrischer Konflikte gerungen zu haben. Die Bundeswehr als noch recht junge Institution sucht offensichtlich das Fehlen einschlägiger eigener Erfahrungen wettzumachen mit einem Blick in die Vergangenheit, der sowohl tiefer gehende Traditionen als auch eine erweiterte Erfahrungsbasis liefern soll. Dieser Gedankengang könnte durchaus auch zur ursprünglichen Themenfindung des SFB 437 beigetragen haben.

Oft höre ich den Einwand, dass eine Einflussnahme der Politik auf (geistes-)wissenschaftliche Forschung in diesem und jenem Fall nicht vorliegen könne, da hierfür ein klar erkennbarer Nutzen, also sozusagen das Motiv, fehle. Bei dieser Art von Argumentation wird jedoch vergessen, dass Nützlichkeit an sich bereits ein gesellschaftliches Konstrukt ist. Um ein Beispiel zu bringen: Weder die Aussagen von Kolonialethnologen zu den angeblichen Unterschieden zwischen bestimmten Volksgruppen oder "Rassen" noch die Forschungen von nationalsozialistischen Historikern zur Siedlungsgeschichte lieferten eine irgendwie belastbare, faktische Grundlage für administrative Maßnahmen. Trotzdem waren sie von entscheidender Bedeutung, da sowohl Politiker als auch Wissenschaftler an ihre Wahrhaftigkeit glaubten. Wenn Sie so wollen, ist das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft ein Tauschverhältnis: der Wissenschaftler erhält Finanzierung und gesellschaftliches Ansehen und beliefert dafür seinerseits die Politik mit ideologischen Legitimationen, die unumstößlich, weil "wissenschaftlich" erscheinen.

gfp.com: Sehen Sie in der Zusammenarbeit zwischen dem SFB 437 und den deutschen Streitkräften einen Verstoß gegen die sogenannte Zivilklausel, mit der sich die Universität Tübingen verpflichtet hat, nur "friedliche Zwecke" zu verfolgen? Welchen Wissenschaftlern respektive Projekten könnte ein solcher Verstoß konkret zur Last gelegt werden und warum?

Kreiten: Die Zivilklausel ist ja erst Ende 2009 beschlossen worden, also bereits nach Abschluss des SFB 437. Bei einem früheren Inkrafttreten hätten sicher einige Teilprojekte, wenn nicht gar die gesamte Ausrichtung, neu diskutiert werden müssen. An der Grundkonzeption des SFB 437 ist beispielsweise von Thomas Kühne, einem renommierten Holocaustforscher, bemängelt worden, sie mache einen Bogen um Kolonialkriege und die Kriege des nationalsozialistischen Deutschland. Auch für mich ist es schlicht nicht nachvollziehbar, dass ein Forschungsprojekt zum Thema "Krieg" ausgerechnet dessen finsterste Aspekte, also den Vernichtungsgedanken, aus seiner Konzeption ausklammert, gleichzeitig aber kritische Distanz zu Militarisierungstendenzen behauptet. Diese thematische Beschränkung lässt sich meines Erachtens auch nicht mit den Erfordernissen eines "erfahrungsgeschichtlichen" Zugangs rechtfertigen.

Tatsache ist, dass Arbeiten, die im Rahmen des SFB 437 entstanden, anschließend vom MGFA aufgegriffen und beispielsweise hinsichtlich des heutigen Problems "innerer Führung" ausgewertet

wurden. Interessant für militärische Belange waren auch Arbeiten zur historischen Truppenbetreuung und zur medialen Präsentation von Kriegsgeschehnissen. Nun kann ich als Wissenschaftler sicher einen derartigen Ge- oder Missbrauch meiner Forschungsergebnisse nicht von vornherein ausschließen, aber ich kann mich zumindest unattraktiv für militärische Interessenverbände machen - etwa indem ich einen entsprechend kritischen Forschungsansatz wähle oder notfalls auch einfach Einspruch erhebe. Im Umfeld des SFB 437 war jedoch vielfach eher die umgekehrte Tendenz zu beobachten, das heißt Stolz auf die so erfahrene Anerkennung durch das Militär. Ein eklatantes Beispiel hierfür ist die Verleihung des Werner-Hahlweg-Preises an Dr. Wencke Meteling und Steffen Leins im Jahr 2010 respektive 2012, also bereits nach Inkrafttreten der Zivilklausel – eines Preises, der vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung vergeben wird und noch dazu einen NS-Historiker mit SS-Mitgliedschaft seit 1933 zum Namenspatron gewählt hat.

gfp.com: Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang der 2011 an der Universität Tübingen eingerichtete Sonderforschungsbereich 923 "Bedrohte Ordnungen"?

Kreiten: Im Falle des neuen SFB 923 "Bedrohte Ordnungen", der sowohl personelle als auch inhaltliche Kontinuitäten zum alten SFB 437 aufweist, scheint die Lage in Bezug auf die Zivilklausel bereits jetzt recht deutlich zu sein. Zum einen zeigt sich schon in der Themenwahl ein starkes ordnungspolitisches Interesse mit unverkennbar ethnozentrischen Einschlägen, zum anderen liegen hier nun auch offizielle Kooperationen vor, namentlich mit dem umstrittenen SFB 700 der Freien Universität Berlin "Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit". Wenn man die weitere Entwicklung dieses Sonderforschungsbereichs auch noch abwarten muss, so ist es doch bezeichnend, dass eine der ersten Publikationen des SFB 923 eine Broschüre des Landes Baden-Württemberg zur Terrorbekämpfung ist.

gfp.com: Sie berichten des Weiteren von Professoren der Geschichtswissenschaft und historisch arbeitender Nachbardisziplinen, die sich in Kontinuität zu Forschungstraditionen stellen, die auf "nationalsozialistische Erkenntnisinteressen und Netzwerke" zurückgehen. Wen und was meinen Sie damit konkret?

Kreiten: Ich meine hiermit das Mitwirken an Organisationen wie der Alfred-Toepfer-Stiftung und dem Herder-Forschungsrat bzw. dem Herder-Institut. Es handelt sich hierbei um außeruniversitäre Forschungsverbände, die auf ehemalige NS-Ostforscher zurückgehen und bis heute mit ihrer eigenen institutionellen Vergangenheit äußerst nachlässig umgehen - einschließlich jahrzehntelanger personeller und inhaltlicher Kontinuitäten.

Ich möchte hier jedoch eine Unterscheidung treffen: Auf der einen Seite sind da die jungen Wissenschaftler, die in diesen Institutionen vor allem Organe zum wissenschaftlichen Austausch mit Spezialisten ihres Faches sehen, sich eventuell des weiteren Kontextes gar nicht bewusst sind, hierbei vielmehr auf die Urteilskraft erfahrener Wissenschaftler setzen. Ein kritisch eingestellter Juniorwissenschaftler hingegen, der sich von diesen Zusammenhängen zu emanzipieren versucht, muss unter Umständen dann auf die Karriere fördernde Netzwerke verzichten und eventuell sogar Angst haben, persönlichen Diffamierungen ausgesetzt zu werden.

Auf der anderen Seite gibt es die Generation älterer Wissenschaftler, die die oft wenig verbrämten Kontinuitäten der NS-Ostforschung eigentlich noch aus eigener Anschauung kennen müsste und heute im Vorstand dieser Institutionen tätig ist. Wenn sich solche Personen nicht kritisch und auch deutlich vernehmbar zur Vergangenheitspolitik der fraglichen Institutionen äußern, muss ich davon ausgehen, dass sie diese entweder nicht als problematisch wahrnehmen, sie stillschweigend dulden oder gar aktiv gutheißen. Historiker und Angehörige historisch arbeitender Nachbardisziplinen sollten sich eine derartige Haltung heute schlichtweg nicht mehr leisten können, sie sollten vielmehr bereits Kraft ihres Faches für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Vergangenheit stehen. Und es gibt auch tatsächlich gelungene Beispiele für eine kritische Hinterfragung der ehemaligen Ostforschung aus ihren eigenen Reihen heraus, etwa durch die Bohemistin Eva Hahn. Im Falle des SFB 437 sehe ich diejenigen in der Pflicht, die als Teilbereichsleiter für einen Großteil der Projekte zum osteuropäischen Raum verantwortlich waren, namentlich Prof. Dr. Reinhard Johler, Prof. Dr. Dietrich Beyrau und Prof.

Dr. Horst Förster. Die beiden letzteren sind jahrelang im Herder-Forschungsrat beziehungsweise Herder-Institut aktiv gewesen, Prof. Johler ist mittlerweile sogar zum Präsidenten des Herder-Forschungsrates aufgerückt und außerdem Kuratoriumsmitglied der Alfred-Toepfer-Stiftung.

gfp.com: Sehen Sie die Gefahr der Tradierung nationalsozialistischen Gedankenguts innerhalb des Wissenschaftsbetriebs?

Kreiten: Die Gefahr einer unbewussten Tradierung von Forschungsansätzen und Themenschwerpunkten, die letztendlich auf NS-Interessen zurückgehen, besteht meines Erachtens durchaus. Listet man etwa die Regionen auf, die vom SFB-Teilbereich "Grenzümte und Kriegserfahrungen" abgedeckt wurden, so muss man feststellen, dass es sich hierbei genau um diejenigen Grenzregionen handelt, die als sogenannte deutsche Siedlungsgebiete auch im Zentrum der nationalsozialistischen Forschung gestanden haben. Wenn ich jedoch in verantwortungsvoller Position ein Forschungsprojekt koordiniere, muss ich derartige Schief lagen erkennen können und bei Bedarf gegensteuern.

Einen Widerhall des aus Kolonial- und NS-Zeit stammenden Stufenmodells zur Erklärung kultureller Unterschiede habe ich leider auch bei der Beurteilung meines eigenen Forschungsthemas verspürt. Mein damaliger Doktorvater äußerte nicht nur die Ansicht, dass es zivilisatorisch überlegene und unterlegene Völker gebe. Unter Berücksichtigung der geostrategischen Lage erschien es ihm letztendlich auch nicht als besonders bemerkenswert, dass die "überlegene" Partie im Westkaukasus Massendeportationen, von ihm als Umsiedlungen bezeichnet, durchführte. Er ging sogar so weit, die russische Politik im Westkaukasus auf der Abschlusskonferenz des SFB 437 als gelungen darzustellen. Bei meiner Projektvorstellung im Sonderforschungsbereich Ende 2005 hingegen hatte bereits meine Verwendung des Begriffs "Säuberung", der sich so auch in zeitgenössischen Quellen findet, für Unruhe und Kritik gesorgt. Leider zeigt dies meines Erachtens auch, dass sich Teile der deutschen Geisteswissenschaften immer noch - oder auch wieder - schwer damit tun, koloniale Verbrechen wie auch deren Bezüge zum späteren Nationalsozialismus unvoreingenommen zu untersuchen.

gfp.com: Wie beurteilen Sie rückblickend Ihre eigene Tätigkeit am SFB 437?

Kreiten: Wäre mir der weitere Kontext des SFB 437 bereits im Vorfeld bewusst gewesen, hätte ich mich nicht auf eine Mitarbeit eingelassen. Ich fühle mich auf gewisse Weise instrumentalisiert. Im Rückblick scheint mein "Platz" im SFB-Gebäude bereits im Vorhinein festgelegt worden zu sein – mit wenig Rücksicht auf meine eigenen Forschungsinteressen, wie ich sie ursprünglich formuliert hatte. Ich war für den SFB 437 als Mitarbeiterin, so sehe ich dies im Nachhinein, insofern interessant gewesen, als man sich von mir eine Arbeit zu den Ursprüngen der "embedded ethnography", also der zweckgerichteten Kooperation zwischen Militärs und Ethnologen in einer der auch heute noch geopolitisch sensiblen Grenzregionen erhofft hatte.

Ich habe lange Zeit mit mir gerungen und den von mir gewählten Ansatz immer wieder in Frage gestellt. Letztendlich habe ich mich für die Beibehaltung meines ursprünglichen Vorhabens mit seinem Fokus auf genozidaler kolonialer Gewalt entschieden. Ich wollte meine wissenschaftliche Arbeit sowohl vor mir selbst rechtfertigen können, als auch vor den heutigen Tscherkessen als Nachkommen derjenigen Westkaukasier, die die russischen Massaker und Deportationen überlebten. Somit hat sich meine Mitarbeit im SFB 437 im Endeffekt nur unmerklich auf meinen wissenschaftlichen Ansatz niedergeschlagen, in Bezug auf meine wissenschaftliche Karriere habe ich dies jedoch mit einem jahrelangen Umweg bezahlt. Mittlerweile schaue ich sehr viel genauer hin, wo und auf welche Weise ich mich als Wissenschaftlerin einbringe.

Auch das Thema "Wissenschaftsfreiheit" ist mir im Laufe der Zeit sehr ans Herz gewachsen. Deren Existenz wird in Deutschland meist stillschweigend vorausgesetzt, wobei de facto aber oft nur wenig Bewusstsein dafür besteht, dass es sich hier um ein Gut handelt, das ständigen Angriffen ausgesetzt ist und darum auch immer wieder verteidigt, diskutiert, behauptet werden muss. Momentan denke ich darüber nach, wie man in Deutschland nach angelsächsischem Vorbild ein Forum schaffen könnte, das mögliche Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit untersucht, offenlegt und damit auch die Interessen einzelner Wissenschaftler wahren hilft.